

# Europa – Quo vadis?

## 50 Jahre Römische Verträge

Ingrid Ettl,  
Franz Nauschnigg,  
Alexandra Schober-  
Rhomberg

Mit über 250 Teilnehmern bildete die von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) gemeinsam mit den Sozialpartnern organisierte Konferenz „Europa – Quo vadis? 50 Jahre Römische Verträge“ einen Teil der österreichischen und europaweiten Aktivitäten, um den 50. Jahrestag der Römischen Verträge, die am 25. März 1957 durch Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnet wurden, gebührend zu würdigen.

Was mit einer westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft von sechs Staaten begann, umfasst heute 27 Mitgliedstaaten der EU mit beinahe 500 Millionen Einwohnern, die auf gleichberechtigter Basis ihre Interessen vertreten und gemeinsam die in den Verträgen festgelegten Ziele verfolgen.

Auftakt der von der OeNB (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und internationale Finanzorganisationen sowie Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit) und den Sozialpartnern gemeinsam organisierten Veranstaltung bildete eine Pressekonferenz, bei der Vizegouverneur *Wolfgang Duchatczek* betonte, wie sehr Österreich vom EU-Beitritt profitiert hat. Mit einem Anteil von rund 11.000 EUR pro Einwohner an den Exporten rangierte Österreich im Jahr 2005 auf Platz 7 unter allen exportierenden Ländern der Welt. Im Jahr 2006 wurde mit 107 Mrd EUR die 100 Mrd EUR-Schallmauer bei den Ausfuhren durchbrochen.

Die EU-Erweiterung ist eine „Win-Win-Situation“ für Österreich und die neuen Mitgliedstaaten. Knapp ein Fünftel aller österreichischen

Exporte geht bereits in die zentral-, ost- und südosteuropäischen Länder. Österreichs Nettovermögen aus Direktinvestitionen stammt vor allem aus den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten sowie den neuen Zielgebieten in Ost- und Südosteuropa. Im ost- und südosteuropäischen Bankensektor hält Österreich mittlerweile einen Marktanteil von durchschnittlich 25 %, in einzelnen Ländern bis zu 60 %.

Österreich hat sich in der WWU wirtschaftlich überdurchschnittlich gut entwickelt und nimmt heute bei Wettbewerbsfähigkeit, Standortqualität und Wohlstandsniveau eine Spitzenposition ein. Das Wirtschaftswachstum ist robust, die Beschäftigung kletterte im Verlauf des Jahres 2006 auf einen Höchststand. Die Arbeitslosenquote ist international gesehen niedrig und wird in den nächsten Jahren tendenziell sinken, die Preisstabilität ist sehr hoch. Die aktive Leistungsbilanz spiegelt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes wider.

Bei der Budgetpolitik hat die „moral suasion“ vonseiten der EU mitgeholfen, dass die im Interesse Österreichs nötigen Reformmaßnahmen angegangen wurden. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung die sehr gute Konjunktur heuer und voraussichtlich bis 2009 für eine zügige Budgetkonsolidierung verwendet. Die europäische Geldpolitik soll vor allem einen stabilen monetären Rahmen für eine nachhaltige, dynamische Wirtschaftsentwicklung bieten. Die Strategie des Eurosystems, Preisstabilität auf mittlere Frist zu gewährleisten, ist der beste Beitrag, den die Geldpolitik für Wachstum und Beschäftigung im Euroraum leisten kann. In

den acht Jahren seit Beginn der WWU ist die Anzahl der Beschäftigten im Euroraum um über zwölf Millionen gestiegen.

Attraktive Produktionsbedingungen werden im globalen Wettbewerb immer wichtiger. Die österreichische Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat dies erkannt und durch geeignete Reformen geantwortet. Auch das aktuelle Regierungsprogramm enthält viele Elemente, die diesen erfolgreichen Weg fortsetzen. Es ist wichtig, dass der Reformelan bei der Umsetzung im Detail nicht verloren geht.

Anschließend wurde eine gemeinsame Deklaration der österreichischen Sozialpartner von den vier Präsidenten *Rudolf Hundstorfer* (Österreichischer Gewerkschaftsbund – ÖGB), *Christoph Leitl* (Wirtschaftskammer Österreich – WKÖ), *Rudolf Schwarzböck* (Landwirtschaftskammer) und *Herbert Tumpel* (Bundesarbeitskammer – BAK) mit dem Titel „50 Jahre Römische Verträge – Auf dem Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung“ unterzeichnet. In dieser Deklaration wird der Wille der Sozialpartner zur aktiven Mitgestaltung eines modernen, friedlichen, wettbewerbsfähigen und beschäftigungsorientierten Europa manifestiert. Die Sozialpartner fordern die Bundesregierung auf, dafür einzutreten, dass der 50. Jahrestag der Römischen Verträge zum Anlass genommen wird, die EU ein Stück handlungsfähiger und damit zukunftsfähiger zu machen. „Ziel muss die Schaffung eines Europas der Zukunft sein, das den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entspricht. Dies betrifft insbesondere die Erhöhung des Wirtschaftswachstums, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Bewältigung der Folgen der Globalisierung,

die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und Solidarität“, so die vier Präsidenten der Sozialpartner.

Als weiteren Höhepunkt stellte der Generaldirektor der Münze Österreich AG, *Dietmar Spranz*, die neue 2 Euro-Münze vor, die im Euroraum zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge geprägt wurde.

Vizegouverneur *Wolfgang Duchatzek* eröffnete die Konferenz und betonte dabei, dass Österreich mit der EU-Integration insgesamt sehr positive Erfahrungen gemacht habe.

Den Anfang der hochkarätig besetzten Diskussion machte *Benita Ferrero-Waldner*, Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik der Europäischen Kommission. Nach einem kurzen historischen Abriss, betonte die Kommissarin, dass eine weitere wirtschaftliche Integration nur durch eine politische Union möglich ist, die von ihren Bürgern getragen wird und die ihre Grenzen kennt. Das heißt zum Ersten: Die EU muss auch in Zukunft weiterhin die Souveränität der Mitgliedstaaten bündeln und deren Alleingänge einschränken. Nur durch eine effizientere, kohärentere und sichtbarere EU-Außenpolitik können globale Herausforderungen mitgestaltet und somit Wohlstand und Sicherheit für die Bürger gewährleistet werden. Wobei es dabei vor allem auf den politischen Willen der Mitgliedstaaten ankommt. Zum Zweiten: Wenn von einer politischen Union gesprochen wird, die von ihren Bürgern getragen wird, so muss nicht nur im Interesse der Bürger gehandelt werden, sondern sie müssen auch miteinbezogen werden. Eine wichtige Lehre aus den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden ist, dass „Europäische Politik“ nicht nur von einer Elite gestaltet werden darf. Es

muss in Zukunft sichergestellt sein, dass Europa nur dort entscheidet, wo es sinnvoll für alle entscheiden kann. Das bedeutet eine stärkere Betonung der Subsidiarität. Die Europäische Verfassung würde für diese Fragen eine klare Lösung vorsehen. Dennoch ist klar, dass textliche Veränderungen vorgenommen werden müssen. Zum Dritten muss eine Union, die ihre Grenzen kennt, vor allem ein gutes Verhältnis mit ihren Nachbarn aufbauen und erhalten. Dafür ist es wichtig, eine stärkere Außenpolitik zu betreiben. Die Vision der Kommissarin ist es, das europäische Modell – und damit Stabilität und Prosperität – in die Welt, aber vor allem in unsere Nachbarländer zu tragen. Mit der „Europäischen Nachbarschafts-Politik“, für die sie eine spezielle Zuständigkeit hat, bietet die EU den Ländern rund um die Union eine enge Heranführung an den Binnenmarkt und unsere Politiken an, ohne ihnen aber eine Beitrittsperspektive zu geben.

Das erste Panel mit dem Titel „Wirtschaft versus Soziales – ein Gegensatz?“ (Moderator: Franz Nauschnigg, Abteilungsleiter in der OeNB) begann mit einem Vortrag von *Karl Aiginger* (Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung – WIFO), der feststellte, dass das Projekt Europa trotz Verfassungskrise, kurzfristiger Enttäuschungen und unterschiedlicher Position zur Irak-Frage sowie trotz der Legitimations- und Demokratiedefizite in der EU *politisch* ein historischer Erfolg ist. Die enttäuschende wirtschaftliche Dynamik Europas ist nicht eine Folge des Binnenmarktes und der europäischen Einigung. Ohne Integration und ohne Erweiterung wären Strukturen nicht aufgebrochen, Reformen und Marktöffnung nicht erfolgt. Die Probleme wären noch wesentlich

größer. Insgesamt jedoch wird die europäische Integration erst als wirtschaftlicher Erfolg zu werten sein, wenn die Einkommen auf breiter Front steigen und die Arbeitslosigkeit sinkt.

Europa hat ein schwieriges Jahrzehnt hinter sich. Die Einführung des Euro erforderte eine Defizit- und Schuldensenkung in den Ländern mit hohem Defizit und Disziplin in den großen Ländern, um die Währung glaubwürdig zu machen. Und bisher fehlt der Mut, diese restriktive Makrosteuerung für beendet und Wachstum zur ersten Priorität zu erklären. Der Gipfel von Luxemburg hat Schritte in die richtige Richtung gesetzt, den Stabilitätspakt gelockert, die Liberalisierung der Dienstleistungen wurde erfolgreich nachadjustiert. Die Aktivstrategie wurde in „Nationale Lissabonpläne“ heruntergebrochen und in die nationale Wirtschaftspolitik eingebunden. Aber seither ist wieder viel Zeit verstrichen, ohne dass die Innovationsausgaben deutlich gestiegen sind und die Ausbildungssysteme reformiert wurden. Die europäischen Infrastrukturprojekte werden nur mit großen Verzögerungen angegangen. Die gute Konjunktur der Jahre 2006/2007 wird in den meisten Ländern leider nicht für Strukturinvestitionen und Zukunftsausgaben genutzt.

Speziell für Österreich hat das WIFO in einem „Weißbuch“ elf Strategielinien zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung entworfen. Sie können in vier Gruppen unterteilt werden:

- Innovation, Ausbildung und Weiterbildung erhöhen den mittelfristigen Wachstumspfad;
- Infrastruktur, Technologien mit Doppelnutzen, Energie- und Umweltpolitik und ein wachstums-

fördernder öffentlicher Sektor sind strategische Elemente mit hoher wirtschaftspolitischer Priorität;

- eine ausbalancierte Flexibilisierung und eine neue Wettbewerbsgesinnung lockern Wachstumsbremsen;
- die Genderstrategie und die Umwandlung von informeller Arbeit in Erwerbstätigkeit erweitern das Angebot, die Qualität und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Das Sozialsystem wird zu einer Produktivkraft umgestaltet. Es ermöglicht, die Chancen der neuen Herausforderungen zu ergreifen und wandelt Nachteile und temporäre Verluste in spätere Stärken um.

*Karin Scheele*, Mitglied des Europäischen Parlaments, betonte in ihrem Beitrag die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der sozialen Agenda in Europa – sowohl aus Sicht der Wirtschaft, als auch aus Sicht der Bürger. Im europäischen Sozialmodell sollte der Ausbau der Gesetzgebung Mindeststandards festlegen und die Grundsicherung gewährleisten. Bei der Umsetzung der EU-Richtlinien pocht sie auf die Selbstverantwortung der Mitgliedstaaten und weist darauf hin, dass oft zu Unrecht der Europäischen Kommission der „Schwarze Peter“ zugeschoben wird, denn die Umsetzung und Ausgestaltung der Richtlinien liegt im Ermessen der Mitgliedstaaten. Es ist dabei besonders wichtig, dass einige Länder die Vorreiterrolle übernehmen und „Best Practices“ vorgeben.

Für *Heinz Zourek*, Generaldirektor der Europäischen Kommission, wird der Begriff Wirtschaft oft auf die Wettbewerbsfähigkeit reduziert und der Begriff Soziales mit Zufriedenheit gleichgesetzt. In Kombina-

tion bedeuten sie aber die Leistungsfähigkeit des Systems und seine Fähigkeit, Ansprüche zufriedenzustellen. Auf europäischer Ebene bemängelt er, dass in der europäischen Sozialpolitik eine Defensivdiskussion mit nicht eindeutig geklärter Zuständigkeit stattfindet. Die größten Herausforderungen, vor denen Europa steht, sind die demografische Entwicklung, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen, die Kosten der Integration der neuen Mitgliedstaaten sowie die Frage, wie in Zukunft Umweltschäden vermieden werden können. Die dazugehörigen globalen Konzepte sind gut, aber sie sollten auch mit Instrumenten ausgestattet werden. Reformen sind nicht notwendiges Gestaltungsinstrument, sondern dienen lediglich der laufenden Bestandssicherung. Leider sinkt in Europa der Reformdruck. Beispielsweise habe Deutschland ein erotisches Verhältnis zum Leistungsbilanzüberschuss, dem alles andere untergeordnet wird. Andere Länder sind stark wechselkursorientiert und exportieren via Abwertung den Reformdruck. Im Euroraum gibt es weitere Disparitäten: es fällt zwar das Wechselkursventil weg, die Annäherung der Sozialmodelle ist aber noch in weiter Ferne. Es ist deshalb notwendig, gemeinsam Zielgrößen zu definieren und nationale Gestaltungsspielräume für die Wege, um diese Zielgrößen zu erreichen, zu ermöglichen (= Lissabon-Strategie). Die Anstrengungen müssen gemeinsam erfolgen und Synergieeffekte müssen erkannt und genutzt werden. Soziales und Wirtschaft sind siamesische Zwillinge – das Wohlergehen des einen ist nicht ohne den anderen haltbar.

Das zweite Panel mit dem Titel „Europa und die Welt – USA, Russland, China, WTO“ (Moderator:

Christian Mandl, Abteilungsleiter in der WKÖ) begann mit einem Vortrag von *August Astl*, Generalsekretär der Landwirtschaftskammer, der betonte, dass die Landwirtschaft zur Erfolgsgeschichte der EU einen großen Beitrag leistet. Die Landwirtschaftspolitik in der EU ist reformorientiert und da es in den letzten Jahren zu Subventionskürzungen in der Agrarpolitik gekommen ist, ist der Anteil der Agrarpolitik an den Gesamtausgaben der EU gesunken. Durch die zunehmende Marktorientierung der Agrarpolitik muss die internationale Wettbewerbsfähigkeit gesichert, aber auch die Lebensmittelqualität gewährleistet werden. Im Zuge der jüngsten Entwicklungen auf den Energiemärkten ergibt sich für die Landwirtschaft ein neuer Markt im Bereich der erneuerbaren Energien, wo insbesondere mit nachwachsenden Rohstoffen ein wichtiger Beitrag zur Versorgung der EU geleistet werden kann. Aus seiner Sicht problematisch entwickeln sich die WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde, wo neben dem Abbau der Exportsubventionen, die insbesondere Milch, Stärke und Zucker betreffen werden, auch die Marktöffnung große Probleme für die europäische Landwirtschaft bringen könnte. Es besteht jedoch Hoffnung, dass die Weltmarktpreise für Agrarprodukte in den nächsten Jahren auch wegen der zunehmenden Nachfrage nach erneuerbarer Energie steigen werden.

*Eva Belabed*, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss und AK Oberösterreich, betonte, dass 80% der Weltbevölkerung keinen Zugang zu sozialem Schutz und daher keine Absicherung gegen Krankheit, im Alter und gegen Arbeitslosigkeit besitzen. Die EU und die USA, als die stärksten Wirtschaftsräume, haben

hier eine breite Verantwortung für die globale Entwicklung. Aus ihrer Sicht darf sich eine engere Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU nicht nur auf den Abbau von technischen Hindernissen beschränken. Es ist daher notwendig, dass in gemeinsame Regelungen auch andere Stakeholder, wie z. B. die Sozialpartner, eingebunden werden und diese Fragen nicht nur auf Experten- und Beamtenebene verhandelt werden. Insgesamt hat man in den letzten Jahren die wirtschaftliche Leistungskraft der USA überschätzt und ihre Schwächen im Bereich der sozialen Sicherung, der unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Schwächen im Bereich Umwelt, Nachhaltigkeit und Energie und das riesige Leistungsbilanzdefizit vernachlässigt. Nicht umsonst sind in weltweiten Berichten über die Wettbewerbsfähigkeit die skandinavischen Länder an der Spitze, die damit zeigen, dass es möglich ist, wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Zusammenhalt und Nachhaltigkeit zu verbinden.

*Michael Landesmann*, Leiter des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche, betonte, dass die EU vor multiplen Herausforderungen steht. Insbesondere gegenüber der Innovationsdynamik in den USA, dem Aufholprozess in Asien, der Problematik der Energieversorgung Europas im Zusammenhang mit der Position Russlands sowie den Governance-Strukturen in der EU. Besonders der asiatische Aufholprozess ist durch ein starkes Exportwachstum mit zunehmender Spezialisierung auf Hightechprodukte gekennzeichnet. In vielen Produktionsbereichen spielt der Rest der Welt kaum mehr eine Rolle. Insgesamt hat aus seiner Sicht Asien die EU im globalen Güterhan-

del schon überholt. Eine der zukünftigen Herausforderungen ist auch die Energieversorgung. Hier ist die Energieintensität der EU-15 wesentlich geringer als jene der USA. Weiters besteht eine hohe Importabhängigkeit der EU, sowohl bei Erdöl als auch bei Gas. Eine gesicherte Energieversorgung der EU kann durch eine Diversifizierung der Lieferländer und eine koordinierte Verhandlungs- und Umweltstrategie Europas erreicht werden. Insgesamt besteht ein verstärkter Koordinierungsbedarf in internationalen wirtschaftspolitischen Beziehungen.

*Paul Rübig*, Mitglied des Europäischen Parlaments, betonte besonders, dass bei der Globalisierung, insbesondere auch innerhalb der WTO, zu wenig Rücksicht auf die Interessen von kleinen und mittleren Unterneh-

men genommen werde. Die EU sollte diesem wichtigen Segment der Wirtschaft besonderes Augenmerk zuwenden. Im Bereich der Energiesicherheit hob er hervor, dass sich die Schwerpunkte des Europäischen Parlaments von den Energiepreisen zum Umweltschutz und in letzter Zeit zunehmend auf die Sicherheit der Versorgung verlegt hätten. Im Bereich der Umweltpolitik sind die Kyoto-Ziele zwar gut für die Umwelt, könnten allerdings negative Folgen für die Industrie zeigen, da diese sich zunehmend in Länder mit geringeren umweltpolitischen Forderungen absiedelt. In der Energiepolitik sollte die Frage der Energieeffizienz stärker betont werden. Insgesamt sieht er die Wirtschaft als einen der Antriebsfaktoren der EU-Integration.